

## Die Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

Der Reichstagsauschuß für den Reichshaus- halt setzte heute vormittag die Beratung über die Volks- ernährung fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter wies auf die Tatsache hin, daß im Westen ein Mangel an Kartoffeln bestand. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten das rechtzeitige Eingreifen der Regierung mannigfach verhindert; auch heute noch mangle es an der richtigen Verteilung. Wenn die Preisprüfungs- stelle des Deutschen Landwirtschaftsrates erklärte, daß die richtige Verteilung ohne Höchstpreise besser erfolgt sein würde, so ist dem entgegenzuhalten, daß dann die Preise vielleicht um 2 M. höher gewesen sein würden. Des Redners Partei erkenne in vollem Umfange die Schwierigkeiten der Landwirtschaft an, sie wolle die Lebensmittelerzeugung durchaus nicht stören und sei gleichfalls der Meinung, daß ausreichende Preise bewilligt werden müßten. Ein Kartoffelpreis von 2,75 M. müsse ausreichen, dagegen hätte der vom Landwirtschaftsrat vorgeschlagene Preis von 4 M. gerade aufreizend gewirkt. Auch die übrigen Preise reichen aus; ein Schweinepreis von 120 M. bedeute eine Verdoppelung des Friedenspreises. Die Vertreter der Landwirtschaft haben den Anspruch auf Zollschutz stets mit dem Hinweis darauf begründet, daß im Kriege die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten werden müsse; wenn nun gesagt werde, daß die jetzigen Viehpreise nicht genügten, so sei zu erwidern, daß man im Frieden Gefrierhäuser in ausreichender Menge gebaut haben würde, die Vorräte an Schweinen konser- viert hätten werden können. Die Partei des Redners habe stets betont, daß im Kriege die Viehhaltung gefährdet sein würde, dies sei jedoch von landwirtschaftlicher Seite bestritten worden. Wenn der agrarische Redner am Sonnabend darüber geklagt habe, daß die Schweinepreise zu spät festgesetzt worden seien, so müsse be- tont werden, daß die Landwirtschaft ein Interesse an dieser Ver- spätung gehabt habe. Wenn den Landwirten ausreichende Preise bewilligt werden sollen, so könne aber auch das Gewerbe nicht mit Schäden arbeiten, so dürfe die richtige Verteilung der Waren nicht gefährdet und auch den Verzehrern nicht An- laß zu Klagen gegeben werden. Mißstimmung muß es hervorrufen, wenn an einem Ort Mangel, an einem an- deren Ueberfluß herrsche. Es müsse auch darauf hin- gewirkt werden, daß die Maßregeln der Regierung nicht in den einzelnen Verwaltungsbereichen durchkreuzt werden. Die Projektien- maker störten die ruhige Entwicklung, der Schrei nach Höchst- preisen habe auch nicht immer genügt. Die Durchführung der Fleischkarte hält der in der Gemeindeverwaltung hervor- ragend tätige Redner unmöglich. Wenn Butter zur Verfügung stehe, könnte man Karten einführen, wobei ähnlich wie bei der Milch auf die berechtigten Interessen der einzelnen Familien Rück- sicht zu nehmen wäre. Im Kriege sei Teuerung wohl nicht zu vermeiden, aber wir wollen doch danach streben, daß der Wirtschafts- druck bei uns geringer sei als in England und Frankreich. Die Partei des Redners habe Ueberverdienste in Handel und Industrie immer heftig bekämpft, wie sie besonders in der Lederindustrie erzielt werden, und deshalb trete man für die Kriegsgewinnsteuer ein. Die Rede des agrarischen Abgeordneten am Sonnabend hätte an Agitationsreden aus der Friedenszeit erinnert; er habe ver- gessen, daß diejenigen, die ihr Gewerbe stillstehen lassen müssen, viel schwerer leiden als die Landwirtschaft, deren großen Verdiensten gegenüber die Verdienste von Handel und Industrie nicht ver- schwiegen bleiben dürfen. Wir alle müssen

ohne Aufreizung einzelner Berufsgruppen gegeneinander

nur das Bestreben haben, durchzuhalten. Die Schwierigkeiten dürfen nicht agitatorisch ausgenutzt werden, und deshalb müssen die hervorgetretenen Schäden soweit als möglich beseitigt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter berichtete, daß die kleinen und mittleren Bauern in seiner niederbayerischen Heimat unter der Flut der Verordnungen leiden und die vielfachen Enteignungen mit Schmerzen ertragen. Die Zentralisierung der Maßregeln sei bis zu einem gewissen Grade zu begrüßen, z. B. bei der Hereinbringung der Futtermittel, die Zentralisierung auch auf die Verteilung auszudehnen, sei nicht ratsam. Die Wasserstraße der Donau könne durch stellenweise Kanalisierung erheblich ver- bessert werden. Auf die Bedürfnisse der kleineren Brauereien müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Im Süden wirkten die fleischlosen Tage vielfach bequemer als im Norden. Der süddeutsche Landwirt habe die Herab- setzung der Preise willig auf sich genommen in der Er- wartung, daß dies dem Verbraucher nützen werde. Die Spesen des Zwischenhandels seien jedoch zu hoch. Hauptsache sei die Aufrechterhaltung der Erzeugung, die Preisfrage komme erst in zweiter Linie. Die Ernte in Niederbayern sei befriedigend, hiernach könne man sehr zuversichtlich sein. Die Regelung der Butter- versorgung in Bayern durch die Militärbehörden war nötig, weil eine wilde Preistreibe eingetreten war. Im Süden sei der Butterverbrauch viel geringer als im Norden. Wenn die bayerische Landwirtschaft auch größere Schwierigkeiten zu über- winden habe, so sei sie noch lange nicht am Ende ihrer Kräfte. Un- erwünscht sei ein unnötiger Zwang, und darum sollten weitere be- hördliche Regelungen möglichst vermieden werden. Die Fleischver- sorgung sei bereits mit am besten geregelt. Alle Berufsstände, Stadt und Land, müßten vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Ein konservativer Redner betonte, daß hohe Preise notwendig seien, um die Nahrungsmittelerzeugung auf das höchste anzuspinnen. Die Presse habe den Burgfrieden nicht gewahrt, und würdige nicht genügend die Schwierigkeiten der Landwirt- schaft. Dem preußischen Landwirtschaftsminister, der schon im Oktober die Freigabe von Waldstreu und anderes mehr angeordnet habe, dürfe man keinen Vorwurf machen, wenn er für die Erhaltung der Produktion eintritt. Die Kartoffel sei insofern eine sehr delikate Frucht, als ihr Futterwert viel höher sei als in den Höchstpreisen zum Ausdruck komme. Die nicht genügende Beschädigung der Kartoffelmärkte sei zurückzuführen auf ungünstiges Wetter, Wagen- und Arbeiter- mangel, aber auch auf Nervosität der Verzehrern. Die Preise der Kartoffelerzeugnisse seien nicht zu hoch, dies werde durch das mangelnde Angebot an die Fabriken bewiesen. Der Spiritus- preis sei gegenüber den Herstellungskosten auch nicht zu hoch. Die Erträge einzelner Wirtschaften lassen keinen Schluß für die Allgemeinheit zu. Während der agrarische Redner einen Rück- gang der

### Einnahmen der deutschen Landwirtschaft

um etwa 2 Milliarden berechnet habe, nehme der fortschrittliche Abgeordnete ein Steigen ihrer Einnahmen um 3 Milliar- den an; für die letztere Annahme wären jedoch die Grund- lagen nicht gegeben. Hätten wir nicht hohe Zölle gehabt, so wäre die Landwirtschaft nicht in der Lage ge- wesen, so wie es geschehen ist, Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die vermehrte Abschachtung von Röhren und Färsen sei nicht erwünscht, weil sonst der Mangel an Milch und Butter verschärft werde. Erwünscht sei, daß die verschiedenen Beru- fskreise ihre Interessen gegenseitig besser würdigten und sich besser verstehen lernten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß die letzte Mahnung des Vorredners nicht erleichtert werde durch dessen eigene Rede und die Ausführungen des agrarischen Redners am Sonnabend. Die Zahlen über das Verhältnis der Lebensmittelpreise bei uns und im Ausland, die der Schatzsekretär gegeben habe, seien ohne weiteres für uns nicht brauchbar. Der 400-Millionen-Fonds zur Hilfeleistung an die Gemeinden habe gewiß mildern gewirkt, aber noch nicht ge-

7. XII. 1915